

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftstag 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Hermann-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207

Was ist mit Gessler?

Die Reichswehr, das alte Schmerzenskind. - Die „Sportlehrer“ in Schlesien.

Der „Tag“ weiß etwas von einer Gessler-Krise zu melden, die angeblich vertagt sei. Die Sozialdemokraten hätten mit den Demokraten Besprechungen gehabt, in denen von einem Mißtrauensantrag gegen Gessler die Rede gewesen sei.

Die Sozialdemokratie, so orakelt das Hugenberg-Blatt weiter, betreibe Gesslers Sturz, um für den Fall von Verhandlungen über die Große Koalition die Leitung des Reichswehrministeriums in ihre Hände zu bekommen.

Der „Tag“ hat etwas läuten gehört, er weiß aber nicht, wo die Glocken hängen. Für die Sozialdemokratie handelt es sich nicht um die Person, sondern in erster Linie um die Sache, und nur, soweit die Sache mit einer Person untrennbar verbunden ist, auch um die Person.

Daß sie mit dieser sachlichen Forderung allein steht, glauben wir nicht. Auch die „Germania“ beschäftigt sich heute mit den Kämpfen um die Reichswehr und sagt zu ihnen:

Beide Richtungen sind sich einig darüber, daß das Heerentpolitisiert sein muß, so wie „die alte Armee“ es war. Diesen Verlangen schließen wir uns vollständig an. „Wie die alte Armee es war.“ Die alte Armee diente „mit Gott für König und Vaterland“.

Auch die „Germania“ wird sich darüber klar sein, daß dieses Programm durch bloßes gutes Zureden nicht verwirklicht werden kann, sondern daß das nur mit rückwärtslosiger Energie zu bewirken ist.

Die „Sport“-Offiziere in Schlesien. Neue Enthüllungen.

Breslau, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Enthüllungen über private Finanzierungen der Reichswehr in Schlesien für ihre sogenannte „Sportkurse“ wurden von be-

teiligten Arbeitgebern und vom Reichswehrministerium mit einer eifrigen Suche nach dem Gewährsmann des „B.L.“ beantwortet. Unser Breslauer Parteiblatt stellt heute dazu fest, daß die Reichswehr ihre illegalen Bestrebungen in Schlesien so ungeschickt maskiert habe, daß die Kenntnis davon längst weit verbreitet sei.

In jedem Landkreise von Schlesien und ebenso in den größeren Stadtkreisen werde ein illegaler Kreisoffizier mit eigenem Bureau von der Reichswehr bezoldet. Allein in der Provinz Niederschlesien beständen über 40 solcher Bureaus, deren Adressen durchweg bekannt seien.

Alleerdings treten auf Grund einer Verfügung des Reichswehrministeriums diese Offiziere im selben Augenblick, in dem sie in den Dienst der Reichswehr treten, aus ihren Verbänden aus. Doch wird an einer Reihe von Beispielen dargelegt, daß sie weiterhin in enger Verbindung mit diesen ihren Organisationen bleiben und daß die gesamte Beschaffung des Heereserbes ausschließlich aus der Mitgliedschaft der rechtsstehenden Wehroverbände stammt.

Zur Erweiterung dieser Kurse, also zur vermehrten Ausbildung von ausschließlich rechtsradikalen Leuten unter Führung rechtsradikaler Offiziere im Waffengebrauch hat die Breslauer Kavalleriedivision und das Berliner Wehrkreiskommando Mittel bei den Arbeitgebern erbeten. Der Erfolg sowohl der diesjährigen Geldsammlung, die zum ersten Male auch auf den Einzelhandel ausgedehnt wurde, als auch der vorjährigen Bemühungen bei Landwirtschaft und Großindustrie sei aber nicht so groß, daß davon allein die umfangreiche Organisation der Kreisoffiziere, geschweige denn die Ausbildung der illegalen Mannschaften hätte bezahlt werden können.

Der Kampf um die Arbeitszeit. Und die kommunistische Begleitmusik.

Von Franz Spliecht.

In Sowjetrußland herrscht eine Arbeitslosigkeit, die gemessen an der Zahl der gewerblichen Arbeiter, größer ist als die deutsche. Trotdem überall lange Arbeitszeit und Ueberstunden. Immer wieder zeigen die verstreuten Berichte im russischen Zentralorgan, dem „Trud“, daß der im „Arbeitskodex“ verheißene Achtstundentag nur auf dem Papier steht und daß Ueberarbeit in weitem Umfang geleistet wird.

Sowjetrußland kann seiner darbenenden Arbeiter wegen den sozialen Aufstieg der Arbeiter anderer Länder nicht gebrauchen. Es soll keine für Rußland unangenehmen Vergleiche geben, sondern es soll sich vom Arbeiterelend in den übrigen Ländern strafend die Lage des russischen Arbeiters abheben.

Freilich überrascht niemanden das alberne Geschrei, wonach der ADGB den „Zehnstundentag“ festlegen wolle und daß die Beschwerdung des von den Gewerkschaften ausgearbeiteten Entwurfs „sogar noch eine Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Zustand“ bedeute.

Nach dem Entwurf der Gewerkschaften soll aus der geltenden Verordnung entfernt werden:

- 1. das Recht des Arbeitgebers, an 30 Tagen seiner Wahl und nach seiner Anordnung je 2 Ueberstunden zu verlangen;
2. die Möglichkeit, durch Tarifvertrag eine über 8 Stunden hinausgehende Arbeitszeit (bis zu 10 Stunden) zu vereinbaren;
3. die Möglichkeit, durch behördliche Erlaubnis eine über 8 Stunden hinausgehende Arbeitszeit zu gestatten;
4. die Bestimmung, daß der Arbeitgeber straffrei bleibt, wenn er freiwillige Ueberarbeit der Arbeitnehmer duldet oder annimmt;
5. die Bestimmung, wonach in Betrieben und Verwaltungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden die Dienstbehörden eine Verlängerung der Arbeitszeit anordnen können und wonach die für Beamte gültigen Dienstvorschriften über die Arbeitszeit auch auf die übrigen Arbeitnehmer angewandt werden können.

Gefordert ist, daß Ueberarbeit nur gemäß § 10 zulässig ist, also bei vorübergehenden Arbeiten, die „in Notfällen oder zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitsergebnissen“ vorgenommen werden müssen.

Das heißt, daß der tatsächliche Achtstundentag hergestellt ist, wenn diese Forderungen vom Reichstag angenommen sind. Statt dieses zuzugeben, glaubt die kommunistische Presse zwei Sonderbestimmungen des Entwurfs heraus, nämlich die Bestimmungen über die „Arbeitsbereitschaft“ und die über die sogenannten „Vor- und Nacharbeiten“.

Wollte man den Begriff der „Arbeitsbereitschaft“ grundsätzlich ablehnen, so müßte man darauf verzichten, gewisse Arbeitergruppen überhaupt unter das Arbeitszeitgesetz zu bringen.

Aber die Kommunisten triumphieren: der ADGB will doch den Zehnstundentag, denn im Entwurf steht schwarz auf weiß: „Die Arbeitszeit darf auch bei Anwendung der in den vorangehenden Paragraphen zulässigen Ausnahmen einschließlich der Arbeitszeit zehn Stunden täglich nicht über-

Wehrverbände und Generalstab.

Letzte Forderungen der Kontrollkommission.

Brüssel, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Nach den letzten Informationen läßt sich der augenblickliche Stand der Entwaffnungsfrage etwa wie folgt zusammenfassen: Abgesehen von kleineren Streitpunkten, deren Bereinigung kaum noch Schwierigkeiten machen wird, stehen noch zwei wichtige Punkte zur Diskussion: die Vaterländischen Verbände und die Organisation eines deutschen Generalstabes.

Bezüglich der Frage des Charakters der darauf folgenden Völkerbundskontrolle ist man in London und Brüssel geneigt, der deutschen Interpretation des Artikels 213 des Versailler Vertrages zuzustimmen, wonach die Völkerbundskontrolle nicht permanent, sondern nur von Fall zu Fall statzufinden habe.

Die Arbeitslosigkeit steigt wieder. Her mit dem Rotgefäß!

Die Arbeitslosenziffern steigen wieder. In der Zeit der ersten Novemberhälfte ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 1 068 000 auf 1 077 000 gestiegen, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 240 000 auf 237 000 zurückgegangen.

schreiten." Also „Verrat der Arbeiterinteressen“, „ungeheurer Skandal“, „Heuchelei“, „Kampf gegen den ADGB.“

Tatsächlich soll mit dieser Bestimmung eine absolute Höchstgrenze gezogen werden, wenn Notarbeiten Ueberstunden nötig machen, wenn die Schichtdauer durch Arbeitsbereitschaft verlängert wird, wenn zur Inbetriebhaltung oder Inbetriebsetzung, damit die Gesamtbelegschaft arbeiten kann, gelegentlich Vor- und Nacharbeiten von einem Teil der Belegschaft geleistet werden müssen, wenn durch den freien Sonnabendnachmittag die Verlängerung der Arbeitszeit an den übrigen Wochentagen eintritt.

Was ist's nun mit dem hysterischen Geschrei der SPD? Nichts als Zersplitterungsarbeit! Wenn die Schimpfapostel den Entwurf der Gewerkschaften wirklich verstanden hätten, so hätten sie nicht das klassische Wort geschrieben: „Der Entwurf sei mit den kapitalistischen Parteien des Reichstages vereinbart“ worden. Nein, leider sind wir soweit noch nicht. Wären wir es, der Achtstundentag wäre gesichert. So aber stehen noch heftige parlamentarische Kämpfe vor uns. Und die SPD. sorgt dafür, daß diese Kämpfe noch schwerer werden, als sie es ohnehin sind.

Aber die SPD. kritisiert nicht nur, sie hat auch einen eigenen Entwurf zu einem Arbeitszeitgesetz aufgestellt. Da die Gewerkschaften die 48-Stunden-Woche sichern wollen, fordert die SPD. 42 Stunden, bei der Fließarbeit 38 Stunden, für weibliche Arbeitnehmer gleichfalls 38 Stunden, für Jugendliche 34 Stunden usw. Immer das gleiche Bild: Sand in die Augen streuen!

Sowjetrußland arbeitet in seinen Bergwerken untertags teils 9 bis 9 1/2 Stunden, dabei auch noch Sonntags, in Deutschland werden 38 Stunden gefordert. Es wiederholt sich immer wieder: Stellen die Gewerkschaften eine vertretbare Forderung, flugs fordert die SPD. viel mehr, ohne Rücksicht, ob solche Forderungen erfüllbar sind. Sie müssen Gelegenheit schaffen, über „Verrat des ADGB.“ und der Sozialdemokratie zu schreiben. Man könnte ihnen das Vergnügen gönnen, wenn sie damit nicht Schindluder mit den Interessen der Arbeitnehmer trieben und das Unternehmertum in seinem Kampf gegen die Arbeiter stärkten.

Aber vorsichtig sind die Kommunisten doch. In einigen Wochen soll der „Kongress der Werktätigen“ tagen. Dazu sind auch die Bauern, Kleinpächter usw. geladen. Flugs schreibt die SPD. in ihrem Entwurf:

„Die Regelung der Arbeitszeit der Hausangestellten und der in der Fischerei, in mittelbäuerlichen und kleinbäuerlichen Betrieben gegen Lohn Beschäftigten, erfolgt durch besonderes Gesetz.“

Man kann doch die „Klein- und Mittelbauern“, die ihre Arbeiter ausnützen, und die „revolutionären Herrschaften“, die Hausangestellte nicht entbehren wollen, mit so weitgehenden Forderungen auf Beschränkung der Arbeitszeit ihrer Arbeiter nicht verkümmern. Schlaue Vorsicht, auf Kosten der Hausangestellten und der in den Kleinbetrieben Beschäftigten!

Die SPD. braucht eine neue Parole, da in einigen Tagen die Parole: „Kongress der Werktätigen“ tot sein wird. Aber diese neue Parole ist tatsächlich die ewig alte: Gegen die Gewerkschaften, gegen das Machtinstrument der Arbeiter! Wenn die SPD. jetzt die Proletarier zum Kampf gegen den „neuesten Verrat der sozialdemokratischen Führer“ und zum „rücksichtslosen Kampf um den Achtstundentag“ aufruft, dann muß sie erst ihre eigenen Anhänger erziehen. Ueberall her kommen die Klagen, daß es neben den Selben gerade die Leute der SPD. sind, die in den Betrieben zur Ueberarbeit drängen, die die Ermahnungen der Gewerkschaften in den Wind schlagen und so die ärgsten Feinde des Achtstundentages sind. Das ist kein Zufall. Gerade weil sie keine gewerkschaftliche Tradition haben, halten sie das Recht auf gestern noch gelb oder indifferent waren, halten sie das Recht aufzubrechen für gewerkschaftlichen Kampf. Damit ist aber der Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit gar nicht gedient.

Die deutschnationalen Locarno-Minister.

Veröffentlichung der Protokolle wird verlangt.

Die „Nationalliberale Correspondenz“, das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, erläßt — offenbar im Einverständnis mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann — folgende Erklärung:

In der Sitzung des Reichstages vom 25. November erklärte der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Schiele, daß die Behauptungen, er und seine deutschnationalen Kollegen im Reichskabinetthätten seinerzeit den Abmachungen von Locarno zugestimmt, den Tatsachen nicht entsprächen. Gleichzeitig richtete Schiele an die Reichsregierung die Aufforderung, zur Feststellung des Sachverhalts die Protokolle über die entscheidenden Kabinettsitzungen zu veröffentlichen. Wir können uns diesem Wunsche des Herrn Schiele nur anschließen. Er entspricht einer Bitte, die von der Nationalliberalen Correspondenz zur Klärung dieses Streits wiederholt geäußert worden ist. Die Locarno-Verträge sind ratifiziert und die Veröffentlichung der Protokolle kann die abgeschlossenen und zurückliegenden Verhandlungen kaum noch berühren. Das Kabinetts ist also u. E. jetzt in der Lage, die Bitte des Abg. Schiele zu erfüllen.

Herr Luther hat bekanntlich schon seinerzeit als Reichskanzler im Auswärtigen Ausschuss erklärt, daß sein ganzes Kabinetts, einschließlich der deutschnationalen Minister, mit der Locarnopolitik einverstanden gewesen sei. Seitdem geht der Streit, der neuerdings durch Dr. Wirth im Reichstag wieder aufgerollt wurde. Wenn nun beide Teile damit einverstanden sind, daß aus den Protokollen des Reichskabinetts festgestellt wird, wer recht hat, wird sich die Regierung diesem Wunsch nicht widersehen können.

Stresemann dementiert eine Heilmeldung.

Die Beziehungen mit Polen im Auswärtigen Ausschuss.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages behandelte unter Vorsitz des Abg. Hergt (Dnat.) zunächst die polnische Frage. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbat Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann das Wort, um zu einer Meldung der französischen Presse Stellung zu nehmen, die berichtet habe, daß der Außenminister Briand dem deutschen Botschafter nicht habe verheimlichen können, daß er keine der Thesen der Reichstagsrede des deutschen Außenministers annehmen könne. Dr. Stresemann teilte zu dieser Meldung mit, daß sie nach seinen Informationen erfunden sei; eine derartige Äußerung des französischen Außenministers gegenüber dem deutschen Botschafter sei nicht erfolgt.

Hierauf gab der Minister eine ausführliche Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen.

Preußen und das Schundgesetz.

Weißmanns Erklärung.

Die überraschende Erklärung gegen das Schundgesetz, die Staatssekretär Weißmann im Auftrage der preußischen Regierung gestern im Reichstage abgab, hat den Zorn aller hervorgerufen, die an dem Zustandekommen des Schundgesetzes politisch interessiert sind. Merkwürdig mutet das Verhalten der „Germania“ an. Sie greift den Staatssekretär Weißmann deshalb an, weil er angeblich behauptet habe, die Erklärung sei im preußischen Kabinetts einstimmig beschloffen worden.

Tatsächlich steht im Wortlaut der Erklärung davon nichts. Und auch sonst hat Weißmann nirgends von der Einstimmigkeit gesprochen. Vielmehr scheint es, als ob diese „Einstimmigkeit“ nur verwandt wird, um den preußischen Zentrumsministern gehörig einheizen zu können, damit sie über die Interna der Kabinettsitzungen plaudern.

Die Aufregung ist einigermaßen unverständlich. Das Schundgesetz mag von Demokraten und Deutschnationalen, von Volks-

parteilern und Bäckischen gleichermaßen verherrlicht werden, die Tatsache, daß sich alle führenden Kreise des deutschen Geisteslebens dagegen ausgesprochen haben, gibt der preußischen Regierung recht, daß sie in letzter Stunde vor diesem Gesetz ernstlich warnte.

Zur Revision des Urteils gegen Holz.

Die Arbeit des Amnestiausschusses. — Nachprüfung der Beschwerden.

Der Reichsbegnadigungsausschuss trat heute vormittag im Reichstag zu einer Sitzung zusammen, um erneut Stellung zu der Affäre Max Holz und den von der Verteidigung vorgelegten Enklastationsmaterial zu nehmen. Der Vorsitzende, Genosse Dr. Moses, gab zunächst seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß in einem Teil der Presse dem Ausschuss Verschleppungsabsichten unterstellt werden. Niemand im Ausschuss, auch die Verteidigung, könne im Ernst von solchen Absichten des Ausschusses reden. Der Vorsitzende meinte, es würde der Sache Max Holz mehr gedient sein, wenn solche unwahren Behauptungen in einem Teil der Presse unterblieben. Der Vorsitzende sagte auf darauf dem Ausschuss offiziell Kenntnis von den Erklärungen des Bergarbeiters Erich Fricke und des Zeugen Walter Uebe. Fricke, der sich in seinem Schreiben selbst der Tötung des Landwirts Heß beschuldigt, und des Zeugen Uebe, der sein Zeugnis nicht mehr aufrecht erhalten könne. Die Verteidigung habe durch die Öffentlichkeit bereits Mitteilung und Kenntnis von dem Inhalt der beiden an den Ausschuss gerichteten Eingaben erhalten. Der Vorsitzende berichtete weiter über die Fälle von Eingaben, Resolutionen und Telegrammen, die an ihm gelangt seien und ebenso von den Delegierten im Reichstag, in denen überall die sofortige Freilassung von Max Holz gefordert werde und aus denen hervorgeht, daß in der Öffentlichkeit ganz falsche Vorstellungen von dem Machtbefugnissen des Reichsbegnadigungsausschusses herrschen.

Der Vorsitzende berichtet darüber, daß im Reichsausschuss des preußischen Landtages Beschwerden über die Behandlung von Max Holz im Zuchthaus zu Groß-Strehly vorgebracht worden sind. Insbesondere gelten diese Beschwerden gegen den dortigen Strafanstaltsarzt. Alle diese Beschwerden will der Vorsitzende einmal an Ort und Stelle selbst nachprüfen und so wird Dr. Moses sich heute noch nach Groß-Strehly begeben, um sich selbst ein Urteil über diese Beschwerden von Max Holz zu bilden und dem Ausschuss darüber Bericht zu erstatten. Der Vorsitzende teilte weiter mit, daß das Mitglied des Amnestiausschusses, Frau Abg. Wende, sich demnächst nach Kottbus zu der Witwe des erschossenen Landwirts Heß begeben und über den Erfolg dieser Reise ebenfalls dem Ausschuss berichten wird.

Von der Verteidigung des Max Holz wurde auf die Ausführungen des Vorsitzenden entgegnet, daß die Pressekonferenz, auf der die Informationen an die Zeitungen gegeben wurden, bereits eingeladen war vor der Verlegung, und man habe diese Konferenz eingeladen, um falschen Mitteilungen in der Öffentlichkeit entgegenzutreten. Es wurden von der Verteidigung dem Ausschuss zwei Anträge überreicht:

1. Der Ausschuss empfiehlt dem Reichsjustizminister, den Oberreichsanwalt anzumelden, vor Amts wegen die Wiederaufnahme des Verfahrens im Falle Holz zu beantragen, und

2. dem Reichsjustizminister die volle Anwendung der Justiz zu empfehlen, da alle Handlungen des Holz aus politischen Gründen und weder aus Rohheit, Eigennutz oder sonst nicht politischen Gründen begangen worden sind und ein Strafverbot aus Gründen der gleichmäßigen Rechtsanwendung für Angehörige der verschiedenen politischen Parteien geboten ist.

Nach eingehender Debatte sprach der Ausschuss der Verteidigung gegenüber die Bitte aus, das der Regierung neue Material nun so schnell wie möglich den Behörden zuzuführen. Der Ausschuss hat sich daraufhin verlegt.

Im Anschluß an die Sitzung haben dann die Mitglieder des Reichsbegnadigungsausschusses den erschienenen Bergarbeiter Fricke und den Hauptbelastungszeugen Uebe gehört.

„Faust“ im Reichstag.

Ein Sendespiel.

Faust (Herr Rütz vom Stadttheater in Jittau):

Wenn ihr's nicht füllt, ihr werdet's nicht erjagen.

Erdegeist (Herr Weismann):

Du gleichst dem Geist, den du begreifst! Nicht mir!

Wagner (Herr Kumm):

Doch möcht ich mich allein nicht her verlieren,

Weil ich ein Feind von allem Köhen bin.

Mephisto (Herr Schred):

Du darfst vor leuchten Ohren niemals nennen,

Was leuchte Herzen nicht entbehren können.

Greichen (Frau Helene Weber):

Heinrich! Heinrich!

(Der Teufel holt die Schmutz- und Schundvorlage und fährt mit ihr nach der Hölle ab.)

Ende.

Theater in der Klosterstraße: „Cochin Humbrecht“. Ursprünglich hieß dieses Stück des Sturm- und Drangdichters H. V. Wagner „Die Kindesmörderin“, es durfte aber erst gemildert als „Cochin Humbrecht“ 1778 auf die Bühne kommen. Lang, lang ist's also her, doch zuweilen wird es wieder ausgegraben. Ein technisch geleitetes Schauspiel. Verführung einer Bürgertochter durch einen Offizier, teilweise durch Schuld der vertrauensvollen Mutter, qualvolle neun Monate, höhnische Abschiedsbriefe, die ein Freund des zur Heirat entschlossenen Offiziers fälschlich für ihn schreibt, Flucht aus dem Elternhaus, Selbstmord der Mutter, Kindesmord auf offener Bühne, mit dieser kleinen Auswahl von Schauerlichkeiten sei es genug. Gewiß revoltiert das Stück tapfer gegen die verlogenen Sittengesetze, aber ihm fehlt die Herzenswärme und das große Können, das tief und nachhaltig erschüttert. Für einen Augenblick gerührt, muß man nur zu bald wieder über diese mit Surrogaten erzeugte Nahrung köheln. Franz Sandinger führte die Regie mit Harmonen, aber wirklamen Mitteln, nur die Ueberlieferung der Kostüme und der Sprechweise ins Neuzeltliche wirkte etwas fördernd, denn glücklicherweise sind wir wenigstens etwas über den Begriff der „Schande“ hinaus. Eine sehr gute Leistung gab F. W. Kaiser als Rektor Humbrecht. Der Jahrgang dieses starrsinnigen Väterers und im Innern gütigen Menschen war glaubhaft. Seine Frau spielte Ellen Sienta mit oft recht starken Momenten. Else Kasser als Cochin Humbrecht gelang es, der oft recht forstulierten Rolle Lebenswärme zu geben. Erwähnt seien ferner noch S. E. Bringolf als der vorführende und später bereuende Offizier und Hans Marland als etwas linkscher, doch bürgerlicher Magister mit pfäfflichem Einschlag. Der starke Beifall für das Spiel war wohlverdient, aber ebenso auch das fast allgemeine Schütteln der Köpfe über die Notwendigkeit dieser Ausgrabung. B. Sch.

Zwei heitere Abende. Richard Leopold sprach auf Einladung der Volksbühne im Bürgeraal des Berliner Rathauses über „Alten und neuen Berliner Humor“. In Bildern von Glashöfner und Kallisch spiegelte sich die behäbige Bürgerlichkeit um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, gutmütig und dumm, aber dann wieder pfeifig und voll Mutterwitz. Leopold verstand es zur stürmischen Erheiterung des Publikums, alle die Typen lebendig werden zu lassen. Im zweiten Teil des Abends kam dann der Snappers, schärfere Witz des heutigen Berlin in allerdings nicht sehr großer Ausmaß zu seinem Recht. Die Satiren Tucholskys fanden beim Publikum verständnisvolle Aufnahme, und lebhaften Beifall löste auch H. W. Schmitz Glosse „Theater“ aus, in die der Vortragende eine stürmisch beifällige Reinskopie einlegte. — Ihr 25jähriges Jubiläum feierte Käthe Hyan im Sturm. Sie ist der Poetie Gaiubert im Geiste verwandt, wenn sie auch nicht die große Linie der gelehrten Französin besitzt. Beide wollen die Atmosphäre lebendig machen, die die Vieder erfüllt, beide die Seele entdecken, die nicht nur im Volkstede, sondern auch ganz gewiß im echten Gassenbauern lebt. Und beiden gelingt es. Die Poetie hat Welttrieb, Käthe Hyan nur einen kleinen, treuen Kreis. Doch darauf kommt es schließlich nicht an. Wir danken ihr freudig zu ihrem 25jährigen Jubiläum, das sie so anmutig mit Dichtung und Wahrheit verdrämte, und an dem sie uns alle ihre neuen Sachen, von der „Räuberbraut“ bis zu der „Geschichte vom Hühnchen und vom Hühnchen“ lang, und wünschen ihr und uns, in 25 Jahren ihr 50jähriges Wirken gemeinsam feiern zu können. Tes.

„Eine Inselabfahrt“ war das Thema, über das Kurt Lubinski im überfüllten Lehrsaal der Urania sprach. Island, das zu einem Fünftel aus Eis besteht, wird von einem selbständigen, 100 000 Seelen zählenden Volk bewohnt, das auf eine tausendjährige Kultur zurückblicken kann. Freilich ist Island, das Volk weiß selbst so recht nicht wie, unter dänische Oberhoheit geraten und es muß dem König von Dänemark jährlich 60 000 Kronen Gehalt zahlen, weil dieser den Titel „König von Island“ trägt. Doch in weiter Ferne, man besinnt sich ja mitunter auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, winkt eine Volksabstimmung, weshalb der König von Dänemark regelmäßige Propagandareisen nach Island unternimmt. Bei solchen Gelegenheiten müssen die Isländer sich sehr würdevoll zu benehmen, sie feiern nämlich sich selbst. Im großen und ganzen ist der Isländer ja an den Besuch Fremder gewöhnt, denn der ungeheure Fischereireichtum der Meere liegt in und um Island einen internationalen Fischereibetrieb erstehen. Lichtbilder zeigten uns, daß die Natur im hohen Norden nicht so monoton ist, wie man für gewöhnlich annimmt. Wie Elemente findet man auf dieser Insel vereint, die ebenjogur Feuerland wie Eisland heißen können. Aus Ruos, angeschwemmtem Holz und Wellblech sind die Häuser, die mit wenig Sinn für Schönheit der Bauten in die Landschaft gepreßt werden. Island ist „trocken“, weshalb man bei Wochenendfahrten anbauend Alkohol trinkt und dabei den Schlagler fingt. „Ich habe keine volle Flasche in der Tasche“. Das Haupterzeugnis ist natürlich der weltbekannte Islandpony, der, obwohl er große Ahnen hat, im Laufe von Jahrhunderten vom Winde ganz zusammengedrückt wurde und so zu seiner kleinen Gestalt kam. c. b.

Peter Behrens erörterte in einem Vortrage „Zum Problem der technischen und technischen Beziehungen“ im großen Hörsaal der staatlichen Kunstbibliothek die Kunst- und Stützung unserer Zeit. Er ging dabei von der Architektur aus, die in allen Epochen den Stil ihrer Zeit am deutlichsten prägte. Statt Häuserbau, der das Problem einer vergangenen Generation war, beschäftigt uns jetzt ein anderes: Städtebau. Im Lichtbild zeigte er moderne Reihenhäuser mit streng sachlicher Gliederung, ohne jeden Schmuck, die durchaus schön und ästhetisch einwandfrei wirken, ja, die bisweilen sogar in der Wirkung — nicht im Aussehen — an die Städtebilder einer vergangenen Romanik erinnern. In diesem Sinne verwandte Behrens dann auch das Wort von der „neuen Romanik“, das Wendelssohn in seinem Buch über die Architektur Amerikas auf die modernen Wolkenkratzerbauten geprägt hat. Aber wenn Behrens auch durchaus den Wert und die Bedeutung der Maschine anerkennt, die bei diesen modernen Architekturen viel stärker als die Hand des Menschen zur Geltung kommt, so glaubt er doch an die Berechtigung und Bedeutung des Handwerks, die von ganz strengen Vertretern der „neuen Sachlichkeit“ geleugnet wird. Behrens weist darauf hin, daß die Dinge des Alltags von der Maschine hergestellt werden müssen, aber auch hergestellt werden können, daß dem Handwerk dagegen der Schmuck, das Einmalige, vorbehalten sei. Nur wenn das richtig erfährt wird, kann das Handwerk wieder zu seinem Recht kommen; denn nur dann kann es wieder sinnvoll wirken. Die Beziehungen zwischen Kunst und Handwerk fahle Behrens sehr nahe: „Hat der Architekt der Seele Leben in das Werk hineingetragen, so ist es Kunst.“ Dagegen wandte er sich energisch gegen den Begriff „Kunstgewerbe“, den die Zeit um 1870 prägte, als ein Niedergang des Gewerks einsetzte; unsere Gegenwart aber sollte die gedankliche Verbindung von Kunst und Gewerbe wieder als sinnvoll empfinden. E. J.

Erkautführungen der Woche. Dienstag: Ober am Platz der Republik: „Uetra“. — Komödienhaus: „Friedrich“. Theater in der Kommandantenstraße: „Onkel Wanja“. — Mittwoh: Theater des Westens: „Waldspiel der Anna Wankelmo“. Italia-Theater: „Der große und der kleine Klaus“. — Freitag: Schauspielhaus: „Damiel“. — Sonnabend: Theater in der Ruhomstraße: „Die Probe“.

Urania. Vorträge. Mont. (5), Dienst. (5, 7), Mittw. (5), Donnerst. (5), Freitag. (5), Sonnab. (5), Sonnab. (5, 7): „Der schwarze Sonntag“. — Mont. (7), Dienst. bis Sonnab. (9): „Die Wunderstadt New York“. — Mont. (9): „Sumatra“. — Sonnab. (7): „Spaziergänge durch das Glashaus“.

Die Humboldt-Hochschule veranstaltet am 4. Dezember, 8 Uhr abends, einen Gesellschaftsabend in den Räumen des Biergartenhofes. Frau Reil-Langer spricht Werte klassischer Samosk. Langspalle Kreis.

Die hiesige Schulleiterin Elise Krasshorsta ist, 79 Jahre alt, in Prag gestorben. Sie spielte in der hiesigen Literatur und im hiesigen Geistesleben am Ende des vorigen Jahrhunderts eine bedeutende Rolle als Dichterin, Erzählerin, Uebersetzerin, Kritikerin und Förderin des Frauenstudiums.

Preußens Haushalt-Voranschlag für 1927.

Ersparnisse an Erwerbslosenfürsorge.

Die Unsicherheit, die durch die Pläne einer Abänderung des Finanzausgleichs für die Ein- und Ausgabenfestlegung der Länder eingetreten ist, zeigt sich auch in der Aufstellung des preußischen Haushaltsplans für 1927, der jetzt dem Staatsrat zugegangen ist. Er sieht Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 3473,4 Millionen Mark vor. Die Ausgaben Preußens sind um 118,4 Millionen Mark niedriger als im Haushalt von 1926 angesetzt. Die Ersparnis wird hauptsächlich dadurch herbeigeführt, daß die Ausgaben für produktive Erwerbslosenfürsorge künftig aus Anleihemitteln zu bestreiten sind. Zu den 65 Millionen, die Preußen auf diese Weise einspart, sollen weitere 100 Millionen kommen, die die Arbeitslosenversicherung im nächsten Jahre überflüssig mache. Insgesamt hofft Preußen also an sozialen Aufwendungen für Erwerbslose 165 Millionen Mark weniger ausgeben zu brauchen.

Von diesen Ersparnissen wird jedoch ein Teil wieder aufgezehrt, da die Hochverwaltungen, die Erhöhung des Ortszuschlags der Beamten sowie die Verstärkung des Bauunterhaltungsfonds dem preußischen Staat im nächsten Haushaltsjahr 51,6 Millionen Mark Mehrausgaben bringen. Verringert sich so die Ausgaben Seite, so weisen auch die Einnahmen Preußens Mindererträge auf. Es werden 142,1 Millionen Mark weniger Einnahmen als im Vorjahr erwartet, hingegen rechnet man auf bessere Erträge aus den Reichsüberweisungssteuern.

Der Haushalt kommt nur unter der Voraussetzung ins Gleichgewicht, daß die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches sich entschließen, entgegen der Absicht des Reichsfinanzministers die Umsatzsteuergarantie zu verlängern. Preußen hat sich Mühe gegeben, seine Ausgaben zu beschränken und u. a. trotz der Arbeitslosigkeit auf größere Baupläne im nächsten Jahre verzichtet. Auch in der Beamtenpolitik mußte sich der Staat größte Zurückhaltung auferlegen. Trotzdem hängt der Haushaltsplan sozusagen in der Luft, wenn nicht über die Regelung des Finanzausgleichs im nächsten Jahr scheinbar Klarheit geschaffen wird.

Für den internationalen Freihandel.

Eine Rundgebung der deutschen Maschinenindustrie.

Vor einigen Wochen wurde die europäische Öffentlichkeit durch das Wirtschaftsmanifest überrascht, in dem hervorragende Führer der internationalen Hochfinanz und der Schwerindustrie für die Beseitigung der künstlichen Schranken eintraten, die den freien Güterausgleich der Nationen behindern. Zu diesem Manifest, das auch die deutsche Schwerindustrie auf die grundsätzliche Befestigung der deutschen Tarifzölle festlegte, hat jetzt auch der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten Stellung genommen. Er erinnert auch die deutsche Schwerindustrie an ihre Pflicht mit folgender Resolution:

Die deutsche Maschinenindustrie begrüßt den in dem internationalen Wirtschaftsmanifest vertretenen Gedanken, daß eine rasche und vollständige wirtschaftliche Erholung der Weltwirtschaft im allgemeinen und Europas im besonderen nicht möglich ist ohne Beseitigung der künstlichen Hindernisse aller Art, die dem wirtschaftlichen Austausch von Land zu Land im Wege stehen. Sie gibt der Überzeugung Ausdruck, daß ein planmäßiger und fortschreitender internationaler Abbau dieser Schranken bis erste und wichtigste Voraussetzung bildet, nicht nur für die Sicherung eines befriedigenden Ertrages der in der Weltwirtschaft arbeitenden internationalen Kapitalien, sondern auch für die Erholung und das Gedeihen aller Volkswirtschaften und aller Wirtschaftszweige.

Die deutsche Maschinenindustrie erwartet von der Reichsregierung und den gesetzgebenden und beratenden Körperschaften, daß sie bei den künftigen Handelsvertragsverhandlungen und auf der internationalen Wirtschaftskonferenz den Gesichtspunkt des Abbaues der Hindernisse des internationalen Austausches entschieden und planmäßig allen ihren Erwägungen und Schritten zugrunde legen.

Poincaré — „der Affe“.

Eine Randbemerkung Wilhelm II.

In der bei der Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte erscheinenden Großen Aktienpublikation wird soeben ein Bericht des deutschen Botschafters in Paris von Schoen an Bethmann-Hollweg von Mitte Dezember 1912 veröffentlicht, in dem es sich um die Besorgnisse Poincarés wegen der „weltgehenden Rüstungen Österreich-Ungarns“ handelt. Bierzehn Tage vorher war nach dem kurzen Kriege der Balkanstaaten gegen die Türkei der erste Waffenstillstand unterzeichnet worden und hatte alsbald in London die Friedenskonferenz begonnen. Unter den Großmächten traten logisch scharf die Interessengegensätze hervor; namentlich waren die Beziehungen Österreichs mit Rußland wegen der Abgrenzung des neu zu gründenden Albanien gespannt. Rußland hatte an der gallischen Grenze Truppen angesammelt, Österreich hatte einen Teil seiner Armee mobilgemacht. Die Schuld an diesem gefährlichen Zustand schob Paris natürlich den Österreichern zu. Poincaré, damals Staatspräsident, versuchte daher, wie er „Schoen“ sagte, den Botschafter Österreich-Ungarns davon zu überzeugen, „daß für die militärischen Maßnahmen der (d. u.) Doppelmonarchie weder in dem neueren Verhalten Serbiens noch in der Haltung Rußlands eine genügende Erklärung zu finden sei. Er (Poincaré) könne bestimmt erklären, daß von russischer Seite nichts geschehen und beabsichtigt sei, was Österreich zu beunruhigen vermöchte“.

Diese diplomatische Stellungnahme Frankreichs auf Seiten des ihm verbündeten Rußland gegen die „provozierende Haltung Österreich-Ungarns“, die offensichtlich der Entspannung und nicht der Spannung der Gegensätze dienen sollte, wird von Wilhelm II. auf dem Bericht Schoens mit der klaffenden Randbemerkung versehen:

„Was weiß der Affe von dem, was die Russen an der gallischen Grenze machen?! Einbildung des eiteln Zynisten, der über Militärisches einfach zur Tagesordnung übergeht.“

Wilhelms Urteil über Poincaré schließt auf seinen Urheber zurück: Wilhelm, der eitle Militär und Schwäger, der über diplomatische Kämpfe mit albernen Bemerkungen zur Tagesordnung übergeht!

Die Sprachenfrage in der französischen Kammer. Anlässlich des Zwischenfalls mit dem eisässischen Abgeordneten Hueber haben die beiden sozialistischen Abgeordneten des Elsaß, Weiß und Verrotes, einen Antrag auf Abänderung des Art. 41 der Geschäftsordnung der Kammer eingebracht. In dem Antrag wird die Aufnahme einer neuen Bestimmung verlangt, derzufolge Rednern das Wort nicht entzogen werden darf, wenn sie im „eisässischen oder lothringischen Dialekt“ zu sprechen wünschen. Dabei ist vorausgelegt, daß die französische Uebersetzung des Wortlautes der geplanten Rede dem Kammerpräsidenten vorher unterbreitet wird.

Berliner Schulpolitik.

Stadtschulrat Rydahl in der Kommunalen Konferenz der SPD.

In der Konferenz der zur SPD. gehörenden Stadt- und Bezirksverordneten, Magistrats- und Bezirksamtsmitglieder sprach der neue Stadtschulrat Genosse Rydahl über Berliner Schulpolitik, im besonderen über die Schulverwaltung der sechs Innenbezirke Berlins.

Einleitend sagte Genosse Rydahl, es handle sich bei diesem Referat nicht um Vorlegung eines Programms für die Reform der Schule, sondern nur um Einstellung auf bestimmte Schulfragen, zu denen auch die Umgestaltung der Schulverwaltung in den Innenbezirken 1 bis 6 gehört. Er betonte die Forderung der Einheitlichkeit des Schulwesens, die Notwendigkeit von Richtlinien, die von der Zentrale aufgestellt werden und von den Bezirken durchzuführen sind. Daß in der Schulverwaltung die Stadt Berlin gegenüber Staat und Reich

keine größeren Rechte als eine Kleinstadt

hat, erschwert die Lösung der ihr gestellten größeren Aufgaben. Selbständigkeit ihrer Schulverwaltung ist nötig, aber das kann nur durch Gesetzesänderung erreicht werden. Eine Stadt wie Berlin hat ein Recht auf die gesamte Schulaufsicht.

Dann begründete Rydahl die Forderung, die jetzt für die Innenbezirke 1 bis 6 gemeinsame Schulverwaltung unter die einzelnen Bezirke aufzuteilen. Damit wäre auch für sie der Zustand geschaffen, der in den Außenbezirken 7 bis 20 besteht. Die Aufteilung ist nötig vom Standpunkt der Verwaltung aus. Mehrkosten sind durchaus nicht zu erwarten. Aber auch vom Standpunkt der Schule aus muß man die Aufteilung wünschen. Je geringer die Zahl der von einer Verwaltung zu betreuenden Schulen ist, mit desto größerer Sorgfalt kann man sich dieser Aufgabe widmen. (Zustimmung.) Einige Gebiete des Schulwesens müßten allerdings aus organisatorischen Gründen bei der Zentrale bleiben. Man kann z. B. für die Sonderschulen (Hilfsschulen usw.) die Bezirksgrenzen nicht beachten. Auch auf die Einführung von Schulbüchern kann eine große Verwaltung einen bestimmenden Einfluß ausüben.

Im Anschluß an diese Ausführungen erörterte Genosse Rydahl einige aktuelle Schulfragen. Die Durchführung einer Planwirtschaft im Schulwesen fehlt noch. Sie müßte alle Schulen umfassen, höhere, mittlere und Volksschulen und auch Privatschulen, deren Kommunalisierung anzustreben ist. (Zustimmung.) Zur Frage der Gemeinschaftsschulen erklärte Rydahl, daß er pädagogisch sich den Forderungen Paulsens voll anschließt. (Beifall.) Wie weit man darin gehen können, hänge von der Elternschaft und von der Lehrerschaft ab. Auch anderen Richtungen solle man die Möglichkeit geben, zu zeigen, was sie leisten, z. B. der Montessori-Methode, aber nicht in privaten, sondern in öffentlichen Schulen. An dem jetzigen Aufbau unserer Volksschulen bemängelte Stadtschulrat Rydahl, daß von Einheitschule noch keine

Rede sein kann. Man hält alle Kinder acht Jahre zusammen, das scheint dort die genügende Differenzierung zu fehlen. Vermeiden müßten wir die Gefahr eines Volksschullehrplans, der sich den Erfordernissen höherer Schulen anpaßt. Rydahl betonte weiter die Wichtigkeit der Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung. Er streifte die Fragen der Volkshochschule, der Theateraufführungen für Schüler, der Beschaffung von Lehrfilmen durch Zusammenschluß der Gemeinden. Er hält ein großzügiges Schulbauprogramm für nötig, das besonders den Fortbildungs- und Fachschulen zugut kommen werde. Für die Volksschule müßte die Klassenfrequenz weiter herabgesetzt und die Pflichtstundenzahl des Lehrpersonals ermäßigt werden, um die Unterrichtserfolge zu steigern. Wir wollen, schloß Genosse Rydahl, an die Arbeit gehen, die vor uns liegt — und wir werden vorwärts kommen! (Lebhafte Beifall.)

Die Diskussion ergab in den Hauptpunkten volle Uebereinstimmung mit den Ausführungen Rydahls. Bürgermeister Genosse Ostrowski-Prenzlaue Berg hob hervor, daß gerade zur Lösung der großen Aufgaben, die der Schulverwaltung gestellt sind, sie der Befreiung von den kleineren Verwaltungsaufgaben bedarf und schon deshalb die Aufteilung auf die Bezirke 1-6 nötig ist. Auch Bezirksverordneter Genosse Zwölfer-Beilke und Stadtverordneter Genosse Witte begrüßte die Aufteilung als eine Maßregel, die dem Schulwesen zum Segen gereichen werde. Stadtverordneter Genosse Kawerau unterstrich, daß untrennbar von dem Gedanken der Aufteilung die Forderung einer

Stärkung der Zentrale

ist. Stadtverordneter Genosse Hädicke betonte, daß eine Planwirtschaft im Schulwesen unter anderem die unnatürliche Aufblähung des Unterbaues der höheren Schulen beseitigen könne. Bürgermeister Genosse Siggel-Lichtenberg wies den Stadtschulrat auf den Kampf hin, den er mit dem Kammerer werde führen müssen. Im Schlußwort erwiderte Genosse Rydahl, daß die Entscheidung in diesem Kampf beim Magistrat liegen wird. Er hoffe auf Unterstützung seiner Arbeit durch positive Mitarbeit der Lehrerschaft und der Elternschaft.

Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen: „Die Kommunale Konferenz der Berliner Sozialdemokratie erkennt die dringende Notwendigkeit an, die Schulverwaltung auch in den sechs Innenbezirken aufzuteilen und den einzelnen Verwaltungsbezirken zu übertragen. Die Konferenz bittet deshalb die Stadtverordnetenfraktion, umgehend einen diesbezüglichen Antrag in der Stadtverordnetenversammlung einzubringen.“ Genosse Krielle schloß die Konferenz mit der von lebhaftem Beifall begleiteten Erklärung: „Wir haben zu unserem Stadtschulrat, Genossen Rydahl, volles Vertrauen, und er wird unserer Unterstützung sicher sein.“

Ein Flughafen bei Brix?

Proteste gegen die Anlage auf Siedlungsland!

Bereits im März d. J. brachten wir die Mitteilung, daß die Verkehrsdeputation einem Projekt zugestimmt hat, das dahin geht, auf stadteigenem Siedlungslande bei Brix einen Vorflughafen für den zentralen Flughafen Tempelhof zu schaffen. Damit verbunden soll eine Flughafenanlage für Zwecke der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt werden. Der Plan, der jetzt seiner Verwirklichung näher gebracht werden soll, hat den Protest vieler Kreise hervorgerufen. So hat die sozialdemokratische Fraktion in der Neuföllmer Bezirksverordnetenversammlung folgenden Antrag gestellt:

Wie bekannt geworden ist, hat der Magistrat der Stadt Berlin beschlossen, an die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt eine größere Fläche des ehemaligen Rittergutes Brix für die Errichtung einer Versuchsanstalt für Luftfahrzeuge zu verpachten. Die Bezirksversammlung Neuföllm erhebt gegen den vorgenannten Beschluß des Magistrats Einspruch und ersucht alle Körperschaften, welche einen Einfluß auf die Fortführung des Planes haben, alles zu tun, um dessen Verwirklichung zu verhindern, damit das in Frage kommende Gelände für Wohnzwecke erhalten und die Industrie an die Stellen verwiesen wird, die nach dem nach langen Kämpfen festgelegten Bebauungsplan der Stadt Berlin dafür vorgesehen sind.

Ebenso hat eine Mitgliederversammlung unserer Partei in Brix-Budow, die besonders von Bewohnern der dortigen Siedlungen stark besucht war, eine Entschließung angenommen, die besagt:

Die stark besuchte Mitgliederversammlung der SPD. von Brix-Budow protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die erneute Absicht des Magistrats, das Gelände zwischen der Großsiedlung Brix und dem Ortsteil Neu-Budow als Versuchslughafen zu vergeben. Sie ersucht die Stadtverordnetenfraktion, die Bezirksverordnetenfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Magistrats und des Bezirksamtes, alles zu tun, daß die Verschönerung dieses Siedlungsgeländes unterbleibt.

Konsumwerbeshau.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung hat heute vormittag in den sämtlichen Sälen des Gewerkschaftshauses im Engelauer eine Konsumwerbeshau eröffnet. In der geschmackvoll decorierten Vorhalle des Gewerkschaftshauses empfingen die Vorstandsmitglieder der Genossenschaft Mirus, Schreiber und Hillie die Gäste, unter denen man den Reichstagspräsidenten Genossen Ebbe, den Landtagspräsidenten Genossen Barthele, die Bezirksbürgermeister Mietz und Dr. Sigal bemerkte. Außerdem sah man viele Funktionäre der Parteien, der Gewerkschaften, Bezirks- und Stadtverordnete. Eine besondere Lieberzählung erlebte man, als man den großen Gemeindefestsaal betrat. Von der hübsch in gelb und violett gehaltenen Bühne sah sich ein breiter erhöhter Gehsteig mitten durch den Saal, auf dem eine Anzahl Mannquins die von dem Konsumgenossenschaftlichen Warenhaus zum Verkauf gestellten Damenmoden vorführten. Der erste Geschäftsführer Genoss Mirus begrüßte die anwesenden Gäste und wies darauf hin, daß auch die Konsumgenossenschaft nicht ohne eine große öffentliche Werbung auskommen könnte. Und wenn sie auch schon in den letzten Jahren viel erreicht habe, so sei doch noch viel mehr zu tun. Es wäre notwendig, daß auch in den Schulen auf die Bedeutung der Konsumgenossenschaften als gemeinnützige Organisation hingewiesen wird. Die Berliner Konsumgenossenschaft verfügt heute über die größte Bäckerei Deutschlands, die täglich bis zu 100 000 Brote herstellen kann. Die GEG. d. h. die Grobkonsumgenossenschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg, hat bereits 43 eigene Produktionsbetriebe. Man sieht, der genossenschaftliche Selbsthilfsgedanke schreitet mächtig vorwärts. Die heutige Waren- und Werbeschau soll der Berliner Konsumgenossenschaft zeigen, was die Genossenschaft aus eigenem leisten kann. Darauf sprach in Vertretung des Oberbürgermeisters Böß Bezirksbürgermeister Genosse Mietz, der die Grüße und Glückwünsche der Stadt Berlin überbrachte. Darauf folgten Ansprachen des Geheimen Regierungsrates Dr. Gähmann von der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste, des Genossen Sabath von den Berliner Gewerkschaften und des Genossen Paschold von der GEG.

Der daran sich anschließende Rundgang durch die Ausstellung vermittelte in sechs Sälen ein überraschend vielfältiges Bild alles dessen, was die Berliner Konsumgenossenschaft in ihren Warenverteilungsstellen und ihren Warenhäusern bietet. In geschmackvollen und einladenden Dekorationen sieht man Lebensmittel, Obst, Gemüse- und Fleischkonzerne, Mühlenprodukte, Butter- und Fleischwaren, die berühmten Bäckereiprodukte. Die Tochtergesellschaft der Konsumgenossenschaft, „Soffnung“, hat einen Sonderstand für Herrenbekleidung. Seite und Hausartikel der GEG. fallen das Bestübliche, ein Raum mit Spielwaren bereitet auf den Weihnachtseinkauf vor.

Führungen durch das Aquarium.

Um die Bewohner des Aquariums in ihren Lebensgewohnheiten zu verstehen, sind Vorkenntnisse erforderlich, und um diese in leichtverständlicher Weise Tier- und Naturfreunden zu vermitteln, ist für die Zukunft die Einrichtung von Führungen vorgesehen. Als Auftakt fand unter der Leitung von Dr. O. Heinzroth eine Presseführung statt durch die Abteilung Schildkröten, Eidechsen und Schlangen. Mit größter Sorgfalt hat man die gläsernen Gefängnisse der natürlichen Lebensweise der Tiere angepaßt. Zu den Kriechtieren kommen nach Möglichkeit Licht und Sonne, die an trüben Wintertagen sogar durch eine künstliche Sonne ersetzt wird. So fühlte sich die verschiedensten Lebewesen wohl, u. a. auch die Glasfianschildkröte von den Seychellen, die in der Freiheit fast ausgestorben ist. Nicht minder interessant sollten uns die drei Terrarien sein, die einheimische Reptilien enthalten, Kreuzotter, Glatte Natter, Ringelnatter sowie die Zaun- und die kühle Berg-eidechse, und die heimische Sunpfschildkröte. Viele dieser Arten stehen in Preußen erfreulicherweise unter Naturschutz, damit menschliche Mordlust das Tierleben unserer Landschaft nicht gänzlich vernichtet. Eidechsen und Schlangen passen sich oft überraschend gut ihrer Umgebung an, darum ist es für uns im höchsten Maße verwunderlich, daß das Chamäleon sich nicht nach seiner Umgebung, sondern nach seinen Gemütszuständen verfärbt. Die Kriecherflange, von der für gewöhnlich allerlei Unflut erzählt wird, verursacht mit ihren Hornringen am Schwanz ein Rascheln, sobald sie sich bedroht fühlt. Die Boa constrictor aus Brasilien, die gemeinhin unter den Riesenschlangen rangiert, gebt nicht zu den größten Schlangen. Die größte hier im Aquarium lebende Schlange ist eine malakische Gitterschlange von über sieben Meter Länge.

Der Gassenmörder aus der Malakstraße, der Händler Bruno Borchert, ist auch bis jetzt noch nicht ermittelt. Ein Heer von Kriminalbeamten setzte auch den gestrigen Nachmittag über und die ganze Nacht hindurch die Nachforschungen fort. Die Beamten durchsuchten zu verschiedenen Zeiten überraschend alle Wokale, in denen Borchert, seine Bekanntheit und sein Anhang zu verkehren pflegte. Der Gesuchte war aber nirgends zu finden. In seiner Wohnung ist er auch nicht wieder erschienen.

Vom Unglück verfolgt. Von einem bedauerlichen Unfall wurde heute morgen der 28jährige Ingenieur Walter Duckeich aus der Frankfurter Allee 294 auf dem Bahnhof Jungfernhöhe betroffen. Er, der schwer triebgeschädigt ist und ein künstliches Bein trägt, befand sich auf dem Wege zu seiner Arbeitsstelle in Siemensstadt. Auf der Bahnsteigterrasse rutschte er so unglücklich aus, daß er sich auch noch das gesunde Bein mehrmals brach. Der Verunglückte wurde durch einen Wagen des städtischen Rettungsdienstes in das Bestehende Krankenhaus übergeführt.

„Die Bogersauf.“ Der Magistrat der „Residenzstadt“ Potsdam (so heißt's noch immer auf der Einladung) bittet uns mitzuteilen, daß die in dem Bericht genannten drei Angestellten Heineke, Appenorth und Korhst weder Magistratsbeamte noch beim Potsdamer Magistrat beschäftigt sind.

Die Erdbeute bei Nizza. Nach einer Meldung aus Nizza sind die Erdmassen im Befubie-Tal gestern noch etwa 50 Zentimeter nachgerutscht, so daß die Gefahr für die bedrohten Ortsteile noch nicht vorüber ist. Wie man annimmt, ist das Herabgleiten der Erdmassen darauf zurückzuführen, daß infolge der anhaltenden Regenfälle eine untere Schicht aufgeweicht wurde, wodurch die feste Oberfläche ihren Halt verlor und ins Gleiten kam.

Kritiken-Vorstellung. Am Sonntag, den 28. November veranstaltete der Kritiken-Verein „Union-Kritiken“ Kritik. A. N. S. P. im Stadtheater Altes Gebäude. Berlin, Dänische 13-15, ausnahmslos seines Besondere eine Gabel-Vorstellung, wozu namhafte internationale Kritiker und preisgekrönte Bewerber des Kritikenwettstreites ihre Mitwirkung zugesagt haben. Anfang des Konzertes 4 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr. Eintrittspreis 1 Mk., Kinder 30 Pf.

